
Stadt Adorf/Vogtl.

Sitzungsniederschrift

der öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates

Sitzung am
in Raum

06.03.2017
Rathaus Adorf/Vogtl., Ratssaal, Markt 1, 08626 Adorf/Vogtl.

von - bis Uhr

19.08 - 21.43 Uhr

Mitglieder

	Zahl	anwesend	teilw. anw.	abwesend
Bgm. + SR	19	17	0	2
Ortsvorsteher	3	3	0	0

anwesende
Mitglieder

siehe Anwesenheitsliste

abwesende
Mitglieder

SR Süßdorf - entschuldigt Urlaub
SR Brand - entschuldigt dienstlich

Vermerk

Das Protokoll der öffentlichen Stadtratssitzung besteht aus den
Seiten 1 - 12.

Unterzeichnung durch:

Bürgermeister Rico Schmidt

SRin Toni Walda

SR Kay Burmeister

Protokollant Eric Schreiner

Verlauf:

TOP 1.) Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Herr Bürgermeister Schmidt eröffnet die Sondersitzung des Stadtrates. Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung aller Stadträte und Ortsvorsteher fest. Er begrüßt den Stadtrat, die Vertreter der Ortschaften, den Musikschulleiter Herrn Hiller, den Oberschulleiter Herrn Baumgärtel, die Geschäftsführerin der Wohnungsgesellschaft Adorf mbH Frau Stein, die Vertreter von AWO und Diakonie, die Mitarbeiter der Verwaltung, Frau Mädler vom Vogtlandanzeiger und Herrn Hager von der Freien Presse sowie die Bürgerschaft.

TOP 2.) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Es sind zum jetzigen Zeitpunkt 16 Stadträte und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3.) Bestätigung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Schmidt fragt nach Ergänzungen zur Tagesordnung.

Stadtrat Glaß stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt mit dem Beschluss zur SR-BV-Nr. 13/2017 von der Tagesordnung zu nehmen. Er erläutert diesen Antrag wie folgt. Im letzten Stadtrat wurde aufgezeigt, dass es wichtig sei, ein Mehrgenerationenhaus (MGH) in Adorf zu installieren. Daraufhin wurde die Verwaltung beauftragt, Konzepte von potentiellen Betreibern einzuholen. Jetzt liegen dem Stadtrat zwei Angebote vor, die sich in ihrer Art und ihrem Inhalt sehr ähneln. Der Stadtrat soll nun innerhalb dieser kurzen Zeit zu einer Meinungsbildung kommen. Das ist so nicht üblich und möglich, so Stadtrat Glaß weiter. Durch die heutige Vorstellung der Bewerber erlangen die Stadträte nochmals neue Informationen. Vielmehr sei es Aufgabe der Verwaltung, die eingebrachten Konzepte zu prüfen, zu wichten und auszuwerten. Auch hätte der Sozialausschuss, als Fachgremium zu dieser Thematik, im Vorfeld gehört werden sollen. Aus diesen Gründen stellt er den Antrag, die Vorlage von der Tagesordnung zuzunehmen und den Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung zu ermächtigen, den Beschluss über den Betreiber des Mehrgenerationenhauses zu fassen. Bis dahin hat die Verwaltung die Möglichkeit, die Konzepte zu wichten und dem Hauptausschuss einen Vergabevorschlag zu unterbreiten.

Herr Bürgermeister Schmidt nimmt den Antrag zur Kenntnis. Er erläutert nochmals kurz das Vorgehen der Verwaltung. Da sich die abgegebenen Konzepte stark gleichen, wollte man dem Stadtrat die Möglichkeit zur Anhörung beider Bewerber bieten. Aufgrund der knappen Zeitschiene - das MGH läuft am 1. April 2017 an - war es nicht möglich, vorher nochmal den Sozialausschuss damit befassen zu lassen. Herr Bürgermeister Schmidt fügt auch hinzu, dass die Beschlussempfehlung in diesem Falle nicht korrekt formuliert sei, da nicht mit ja oder nein gestimmt werden kann. Er bittet dies zu entschuldigen, er habe nicht vorgreifen wollen und verweist nochmals darauf, dass die heutigen Vorstellungen der Bewerber nur einen sehr geringen Teil neuer Informationen auf den Tisch bringen. Das Grundgerüst der Konzepte wurde mit den Sitzungsunterlagen bereits ausgereicht.

Stadtrat Puggel stellt für die Fraktion der SPD den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung für eine kurze Beratungspause von maximal 5 Minuten zu unterbrechen.

Stadträtin Bang spricht sich für den Antrag von Stadtrat Glaß aus. Die Verwaltung muss auf der Beschlussvorlage den laut Vergabevorschlag ausgewählten Bieter vermerken. Es wurden seitens der Verwaltung keine Kriterien und Wichtungen vorgelegt, so kann der Stadtrat keine Entscheidung treffen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Bürgermeister Schmidt über den Geschäftsordnungsantrag von der SPD- Fraktion, zur kurzen Unterbrechung der Sitzung, abstimmen. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Die Sitzung wird um 19.19 Uhr für eine kurze Beratungszeit in den Fraktionen ausgesetzt.

Herr Bürgermeister Schmidt setzt um 19.24 Uhr die Sitzung wieder ein.

Stadtrat Glaß zieht den Antrag zu Geschäftsordnung, zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 5 vorerst zurück. Er gibt aber auch bekannt, dass zum Tagesordnungspunkt dann ein erneuter Antrag zur Geschäftsordnung gestellt wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die ausgereichte Tagesordnung in dieser Form bestätigt.

TOP 4.) Benennung von zwei Stadträten zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung des Stadtratsprotokolls werden die Stadträte Walda und Burmeister benannt.

TOP 5.) Betreuung Mehrgenerationenhaus Schillerstraße 23 - SR-BV-Nr. 13/2017

Herr Bürgermeister Schmidt erläutert kurz zur Thematik und gibt bekannt, dass dazu eine Beschlussvorlage mit den Konzepten der beiden Bewerber erarbeitet wurde. Sowohl der AWO als auch der Diakonie soll zur heutigen Sitzung nochmals die Möglichkeit zur kurzen Vorstellung ihrer Konzepte gegeben werden.

Stadtrat Glaß stellt im Namen der Fraktion der CDU den Antrag zur Geschäftsordnung, den Beschluss in der heutigen Sitzung nicht zu fassen, dafür aber den Hauptausschuss zu ermächtigen, den Beschluss über den Betreiber des Mehrgenerationenhauses in seiner Sitzung am 14.03.2017 fassen zu lassen. So können die Vorstellungen der Bewerber und die Wichtung der Verwaltung mit einbezogen werden.

Herr Bürgermeister Schmidt bittet darum, dass sich die Fraktionen dann vor Sitzung des Hauptausschusses noch einmal zum Thema beraten und den Mitgliedern des Ausschusses ein Votum mit auf den Weg geben. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Bürgermeister Schmidt zum Antrag zur Geschäftsordnung der CDU-Fraktion abstimmen.

Außerdem stellt Herr Glaß die Frage, ob die im Betreuungsvertrag verankerte Betreuungspauschale von 50 Euro pro Person im Monat beibehalten lassen werden soll. In anderen vergleichbaren Objekten liege diese Pauschale in gleicher Höhe, so Frau Schmidt. Ein besonders Angebot sei die Wohnungsbetreuung bei Abwesenheit, man könne sich um Blumen oder Haustiere der Mieter kümmern, wenn das gewünscht werde.

Stadträtin Leipold teilt ihre Sicht der Dinge mit und ist der Meinung, dass dem Objekt bislang ein Koordinator fehlt, die Angebote oft aneinander vorbeiliefen und dort ein erster Ansatzpunkt für den späteren Mitarbeiter vor Ort wäre.

Frau Schmidt stimmt den Äußerungen von Frau Leipold zu und macht deutlich, dass der Vertriebsmitarbeiter als Koordinator und Organisator vor Ort agieren sollte, natürlich unter Einbeziehung der ehrenamtlichen Helfer.

Stadträtin Bang stellt die Anfrage zum finanziellen Rahmen, da auf der Beschlussvorlage nur 10.000 Euro an Eigenmitteln vermerkt sind.

Herr Bürgermeister Schmidt antwortet, dass es sich bei den 10.000 Euro um den Eigenanteil der Stadt handelt. Der Gesamtumfang der Fördermaßnahme liegt bei 40.000 Euro jährlich.

Es gibt keine weiteren Anfragen an Frau Schmidt.

Herr Bürgermeister Schmidt übergibt das Wort an Frau Appelboom und Herrn Seifert von der Diakonie Plauen, dem zweiten Bewerber für die Betreibung des Mehrgenerationenhauses.

Diese stellen kurz die Strukturen der Diakonie vor und verweisen dabei auf die zur Sitzung ausgeteilten Handreichungen für die Stadträte. Folgende Eckpunkte werden näher erläutert:

- Ablauf des Bewerbungsverfahrens
- Erfahrung als Träger eines MGH
- Handlungsschwerpunkte des MGH als attraktiver Treffpunkt
- Beratungsangebote.

Des Weiteren ergänzt Frau Appelboom, dass die bereits bestehenden Verträge mit den Mietern in gleicher Form übernommen werden sollen. Der eingesetzte Koordinator wird mit 20 Wochenstunden von Montag bis Freitag vor Ort sein, aber mit 28 Stunden eingestellt werden. Außerdem sollen auch die bereits jetzt verankerten gut funktionierenden Strukturen im Haus beibehalten werden. Auch wäre der Start am 1. April 2017 laut Aussage des Geschäftsführers der Diakonie Plauen, Herrn Dr. Denkewitz, mit einer geeigneten Person als Koordinator möglich.

Stadtrat Glaß fragt nochmal konkret zur Beibehaltung der Höhe der Betreuungspauschale. Diese soll bei 50 Euro im Monat pro Person bleiben, so Frau Appelboom.

Stadträtin Bang verweist auf das generationsübergreifend geführte Haus in Plauen, welches eine sehr gute Entwicklung erfahren hat. Auch in Adorf ist das Potenzial, Kinder und Jugendliche mit einzubeziehen, sehr groß und könnte durch den Betreiber noch besser ausgebaut werden.

Frau Appelboom bestätigt, dass ein solches Haus ein gutes „Miteinander“ benötigt. Der Schwerpunkt werde ganz konkret auf generationsübergreifende Angebote liegen. D.h. es

wird nicht nur für alle Generationen Angebote geben, sondern die Angebote sollen möglichst so ausgestaltet werden, dass sie gleichzeitig für verschiedene Generationen interessant sind und dadurch Kontakte entstehen.

Stadträtin Leipold verdeutlicht noch einmal, dass aus ihrer Erfahrung die Bewohner sehr wohl Interesse an den verschiedensten Veranstaltungen haben, es fehle allein die gute Koordinierung der einzelnen Angebote. Darauf sollte der spätere Betreiber ein besonderes Augenmerk legen, so Stadträtin Leipold weiter.

Herr Seifert ergänzt, dass man nicht erwarten könne, dass es zum Start am 01.04.2017 ein vollwertiges und gut funktionierendes MGH in Adorf gibt, vielmehr beginnen ab da die Arbeit und der Aufbau weiterer Angebote.

Stadträtin Dobberkau hinterfragt speziell die Betreuung bei Abwesenheit des Mieters. Frau Appelboom erläutert, dass dies als Wahlleistung im Betreuungsvertrag mit aufgenommen werden könnte.

Herr Bürgermeister Schmidt bedankt sich bei den Rednern und teilt mit, dass die Bewerber zeitnah nach der Hauptausschusssitzung am 14.03.2017 Bescheid bekommen werden, auf welches Konzept der Zuschlag fiel.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

TOP 6.) Standort der Musikschule Adorf - SR-BV-Nr. 08.2/2017

Zum Standort der Musikschule verweist Herr Bürgermeister Schmidt auf intensive Vorberatungen in den einzelnen Gremien, der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Er fasst nochmals kurz den bisherigen Beratungsverlauf zusammen und gibt einige neue Erkenntnisse bekannt, die in den letzten 14 Tagen bis zum Sitzungstag erlangt werden konnten.

Für den Standort Fronfeste, im „Haus der Musik“, stehen bereits jetzt einige Fördergelder zur Verfügung, auf den Bescheid aus dem grenzüberschreitenden Projekt mit Asch muss allerdings noch gewartet werden, da hier die Gelder im 1. Aufruf der Fördertopfes bereits ausgeschöpft waren. Mit einer Entscheidung ist hier nicht vor September zu rechnen, so Herr Bürgermeister Schmidt weiter.

Dass die Wohnungsgesellschaft Adorf mbH das „Haus der Musik“ kostendeckend betreiben kann, sind Einnahmen aus der Vermietung des 1. OG des Objektes nötig. Deshalb wären hier die Einnahmen durch die Benutzung der Musikschule wichtig und vor allem dauerhaft planbar. Mittlerweile gibt es aber auch einen weiteren Interessenten für die Nutzung des 1. OG. Herr Bürgermeister Schmidt verdeutlicht noch einmal, dass das „Haus der Musik“ nicht „stirbt“, nur wenn die Musikschule nicht mit einzieht. Selbst wenn es über die EU keine Fördergelder gäbe, wäre es denkbar, da das Objekt im SOP-Gebiet liegt, weitere Gelder im internen Maßnahmenplan umzuschieben und für diese Maßnahme zu verwenden. Dann aber nicht in den Jahren 2017 oder 2018.

Als zweite Variante für den Standort der Musikschule, kommt weiterhin die Mitnutzung der Zentralschule in Frage, so Herr Bürgermeister Schmidt. Das erste vergleichbare Jahr 2016 zeigt einen überraschend gering gestiegenen Energieverbrauch, sodass die Mehrkosten durch die Mitnutzung der Räumlichkeiten durch die Musikschule in der Zentralschule nur sehr gering ausfallen.

Für beide Standorte haben sowohl Frau Stein, Geschäftsführerin der Wohnungsgesellschaft Adorf mbH, als auch Herr Hiller, Musikschulleiter, in der letzten Stadtratssitzung Pro und Contra aufgezeigt. Des Weiteren verweist Herr Bürgermeister Schmidt auf die ausgereichte Beschlussvorlage, in der erfasst ist, dass erstens, beim Standort Zentralschule ein Büro für den Leiter der Musikschule geschaffen werden müsste und zweitens, die momentane Situation von beiden betroffenen Leitern nicht als Dauerlösung gesehen wird, sollte es keine weiteren räumlichen Veränderungen geben.

Herr Bürgermeister Schmidt gibt außerdem bekannt, dass es in absehbarer Zeit Gelder vom Bund für den Schulhausausbau geben wird. Allerdings haben sich der Freistaat Sachsen und der SSG noch nicht geeinigt, in welcher Form die Gelder an die Städte vergeben werden.

Stadträtin Walda stellt den Antrag zu Geschäftsordnung, dass in der Beschlussempfehlung das Wort „nicht“ gestrichen wird. Die vorgelegte Formulierung erscheine ihr durch die vorweggenommene Verneinung etwas suggestiv und nicht sachgerecht. Im Hinblick auf die Beschlussfassung sei die Wortwahl etwas verwirrend.

Nachdem es keine Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag gibt, lässt Herr Bürgermeister Schmidt über den Antrag abstimmen.

Für den Antrag stimmen 12 Stadträte mit Ja und 1 Stadtrat mit Nein, bei 4 Enthaltungen. Somit ist der Antrag angenommen und die Beschlussempfehlung der SR-BV-Nr.

08.2/2017 lautet nun wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Adorf/Vogtl beschließt, die städtische Musikschule im Gebäude der ehemaligen Fronfeste, Johannisstr. 12, unterzubringen.

Herr Bürgermeister Schmidt übergibt das Wort an den Leiter der Oberschule Adorf, Herrn Baumgärtel, um seine Sicht der Dinge zum möglichen Standort der Musikschule schildern zu können.

Herr Baumgärtel dankt dem Bürgermeister und dem Stadtrat für die Möglichkeit, vorsprechen zu dürfen und für die konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Schule. Zur Thematik gibt er folgendes bekannt:

- vor Sanierung der Grundschule kam Herr Bürgermeister Schmidt auf ihn zu und erläuterte die geplante Auslagerung der Musikschule in die Zentralschule, als Übergangslösung für zwei Jahre
- da es sich um eine absehbare Zeit handelte wurde dafür ein Weg gefunden und auch wenig „gemeckert“
- in der vorhergehenden Stadtratssitzung war ursprünglich ein Beschluss geplant, die Musikschule dauerhaft in der Zentralschule unterzubringen, was er so nicht nachvollziehen konnte
- bei der Sanierung wurde die Zentralschule als zwei- bis dreizügige Schule geplant
- in diesen zwei Jahren musste die Oberschule Abstriche in vielen Bereichen machen, vor allem bei der Raum- und Stundenplanung
- durch die vielen Angebote von Beratern und Begleitern in der Schule, welche gesetzlich vorgeschrieben sind, wird die räumliche Ausnutzung noch prekärer
- der Stundenplan kann momentan noch so gestaltet werden, dass 13.30 Uhr Schulschluss ist und somit die Musikschule problemlos 14.00 Uhr beginnen kann, dieser Zustand wird aber auf Dauer nicht haltbar sein.

Er bittet ausdrücklich zu bedenken, dass die geschaffenen Veränderungen nur für eine vorübergehende Lösung und nicht für eine Dauerlösung konstruiert wurden.

Herr Bürgermeister Schmidt dankt Herrn Baumgärtel für dessen Ausführungen und hinterfragt, wenn sich verwaltungsseitig noch einmal Gedanken gemacht wird, wo noch zusätzliche Räumlichkeiten für die Oberschule geschaffen werden könnten, dass dann beide Schulen im Objekt verbleiben könnten.

Herr Baumgärtel bejaht dies.

Dies wäre eventuell mit den Fördergeldern aus dem geplanten Programm möglich, da sowohl die Grundschule, als auch die Zentralschule schon saniert sind, so Herr Bürgermeister Schmidt.

Stadtrat Glaß appelliert an beide Schulleiter zu mehr Kompromissbereitschaft und Miteinander. Im Grunde genommen sieht er es so, dass Herr Baumgärtel die Musikschule gerne aus „seinem“ Objekt raus hätte, Herr Hiller aber nicht in die Fronfeste einziehen möchte. Er ergänzt, dass die Musikschule eine freiwillige Aufgabe der Stadt ist, die sich die Stadt gerne, ohne Abstriche aus den Reihen des Stadtrates, leistet. Allerdings wird es die finanzielle Situation der Stadt auch auf lange Sicht nicht zulassen, für die Musikschule einen Neubau zu errichten. Somit muss eine endgültige Lösung für den Standort der Musikschule im Bestand gefunden werden. Dies ist für den Stadtrat mehr als schwierig, so Stadtrat Glaß weiter.

Stadtrat Jäger äußert sich zur Problematik wie folgt. Das „Haus der Musik“ wurde über mehrere Jahre durch den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft inklusive Bürgermeister vorangetrieben und als zukünftiger Standort für die Musikschule „verkauft“. Jetzt werden vage Fördermittelzusagen und neue Betriebskostenermittlungen vorgelegt, dies könne er nicht nachvollziehen.

Stadtrat Puggel teilt die Ansichten von Stadtrat Glaß. Selbst in der eigenen Fraktion besteht zum Thema keine Einigkeit, daran sieht man, wie schwierig es sein wird, hier eine Entscheidung zu fällen. Ihm missfallen die Handlungen von Musikschulleiter Hiller und Frau Stein, die beide, zumindest im weitesten Sinne, Angestellte der Stadt sind. Er verweist dabei auf Äußerungen und angestoßene Petitionsschreiben zum Musikschulstandort.

Des Weiteren stellt Stadtrat Puggel im Namen der SPD-Fraktion den Antrag zu Geschäftsordnung, auf eine kurze Unterbrechung der Sitzung vor der Beschlussfassung. So wurde es auch im Ältestenrat besprochen.

Nachdem es keine Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag gibt, lässt Herr Bürgermeister Schmidt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Somit wird es vor der Beschlussfassung eine kurze Beratungspause geben.

Stadtrat Burmeister hinterfragt die Anpassung der Absenkezeiten bei der Heizung, nach Mitnutzung der Musikschule.

Schulleiter Herr Baumgärtel erläutert, dass bis vor dem Einzug der Musikschule ab 14.00 Uhr abgesenkt wurde. Jetzt ist die Heizung in den Räumlichkeiten, in denen sich die Musikschule befindet, bis 20.00 Uhr in Betrieb.

Stadtrat Jäger möchte erläutern haben wie, die momentane Auslastung in der Schule ist und ob die Schule bei der Sanierung dreizügig geplant wurde, jetzt aber zweizügig läuft. Herr Baumgärtel erklärt, dass in einigen Klassenstufen Dreizügigkeit besteht in anderen wieder nicht. Im Grunde genommen kann gesagt werden, dass die Schule im gesamten als zweieinhalbzügig einzustufen ist und dies damals auch so vorgesehen und bei der Planung berücksichtigt war. Da vom klassenbezogenen Raumsystem abgewichen werden musste, kann es sein, dass es Zeiten gibt, in denen es kein freies Zimmer in der Schule gibt. Auch dem teilweisen Gruppenunterricht in einzelnen Klassenstufen geschuldet.

Stadtrat Burmeister spricht sich als Verfechter für den Standort Fronfeste aus. Die Unterbringung in der Zentralschule ist keine Optimallösung. Die Beherbergung der Musikschule in der Fronfeste wäre hingegen jetzt ein sinnvoller und zukunftsweisender Schritt für Adorf. Gerade wenn man beachtet, dass die Schule zukünftig dreizügig laufen könnte, wäre kein Platz mehr für die Musikschule.

Stadträtin Leipold spricht sich ebenfalls für den Standort Fronfeste aus. Was bislang allein durch die jungen Adorfer Musikbands im Objekt auf die Beine gestellt wurde, ist beachtlich. Mit dem Einzug der Musikschule wäre die Fronfeste voller Leben. Sie verweist auch auf ein Alleinstellungsmerkmal, gerade im Hinblick auf die Demografiewerkstatt in Adorf. Da es keine gesetzlichen Vorgaben oder Anforderungen an die Räumlichkeiten einer Musikschule gibt, könnte diese ohne Bedenken im „Haus der Musik“ untergebracht werden, so Stadträtin Leipold weiter. Ebenso sieht sie die möglichen finanziellen Gründe für eine Abwägung nicht greifbar, da es sich bei der Wohnungsgesellschaft um eine Tochtergesellschaft der Stadt handelt. Somit würde das Geld im Grunde trotzdem bei der Stadt bleiben. Stadträtin Leipold weist außerdem auf eine fehlerhafte Aussage in der Beschlussvorlage hin. Es stimme nicht, dass der Hauptausschuss gegen die Unterbringung in der Fronfeste war. Man ist so auseinandergesungen, dass man sich weiterhin Gedanken machen müsse, so Stadträtin Leipold ergänzend.

Stadträtin Walda findet sich in vielen Argumenten ihrer Vorredner wieder. Im Vorfeld zu den Beratungen sei gesagt worden, dass die Fördergelder an das Konzept „Haus der Musik“ gebunden sind. Wie wäre es nun, wenn ein anderer Mieter Einzug in der Fronfeste hält, so Stadträtin Walda fragend. Des Weiteren verweist sie auf einen deutlichen Imagevorteil für die Stadt Adorf durch einen solches „Haus der Musik“. Sollte die Musikschule im Objekt einziehen, wäre es ein Dauermieter, welches der alternative Interessent für die Räumlichkeiten eventuell nicht ist.

Stadträtin Bang ergänzt, dass der Beschluss zur dauerhaften Unterbringung der Musikschule in der Zentralschule, wie er zur letzten Stadtratssitzung angedacht war, aufgrund fehlender Aussage der Zentralschule nicht beschließbar gewesen wäre. Herr Baumgärtel habe nun in seinen Ausführungen deutlich gemacht, wie viel Anstrengungen die Zusammenlegung der Schulen machte. Doch Kompromisse müssten, egal wo, eingegangen werden. Des Weiteren appelliert sie an die Verwaltung, weiterhin nach geeigneten Fördergeldern für geplante Maßnahmen Ausschau zu halten.

Stadträtin Dobberkau sieht den Stadtrat in der Verantwortung, die Musikschule nicht in ein Objekt unterzubringen, welches baulich nicht dafür geeignet ist. Die Gelder wären dann in den Sand gesetzt. Da die bauliche Seite in der Beschlussvorlage außen vor gelassen ist,

geht sie davon aus, dass eine Unterbringung in der Fronfeste aus baulicher Sicht generell nicht möglich sei.

Stadtrat Röder appelliert an seine Stadtratskollegen beim Thema des Tagesordnungspunktes zu bleiben. Er verweist außerdem auf umfangreiche Planungsunterlagen, die bereits in den vergangenen Sitzungen ausgereicht wurden, welche verdeutlichen, dass eine Unterbringung der Musikschule in der Fronfeste aus baulicher Sicht sehr wohl möglich wäre.

Stadtrat Geipel ruft die Bedingungen der Musikschule bei ihrer Unterbringung in der Grundschule in Erinnerung und wie gut hingegen jetzt die Bedingungen in der Zentralschule sind. Nichtsdestotrotz besteht jetzt die einmalige Chance, die Fronfeste sinnvoll umzugestalten. So würden der Musikschule auch erstmals eigene Räume zur Verfügung stehen. Nicht zu verachten sei, dass bereits jetzt allein über 30.000 Euro Planungskosten aufgelaufen sind, welche dann in den Sand gesetzt wären, so Stadtrat Geipel ergänzend.

Stadtrat Wolf teilt mit, dass in Deutschland neunjährige Schulpflicht besteht. Daher gilt es seitens der Stadt das Augenmerk auf die Oberschule zu legen. Es könne nicht sein, dass diese wegen der Musikschule sich anpassen und Abstriche in ihrer Schulplanung machen müsse.

Herr Bürgermeister Schmidt dankt den Stadträten für ihre Ausführungen und fasst kurz den Diskussionsinhalt zusammen.

- Die Finanzierung für die Fronfeste steht, auch wenn die Musikschule nicht einziehen sollte
- der andere Interessent wäre die AWO, welche mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit und den Beratungsangeboten wunderbar das Konzept „Haus der Musik“ ergänzen würde
- trotzdem würde noch auf drei der vier Etagen musiziert werden
- die Zentralschule müsse auf jeden Fall baulich verändert werden, wenn die Musikschule dauerhaft in der Zentralschule untergebracht werden soll.

Er teilt außerdem mit, dass schon im Ältestenrat angesprochen wurde, dass diese Entscheidung nicht einfach wird und weitgreifend ist. Die Entscheidung könnte einfacher werden, wenn man mit dem Beschluss noch zwei Monate wartet. Bis dahin könnte es neue Erkenntnisse bezüglich der Schulbauförderung geben und man könnte eventuell auch schon das Planungsbüro beauftragen prüfen zu lassen, inwieweit ein Dachbodenausbau der Zentralschule möglich wäre. Sollte es dann keine Förderung geben, so stünde noch immer die Alternative Fronfeste zur Verfügung, so Herr Bürgermeister Schmidt weiter. Insgesamt steht dem Freistaat Sachsen ein Budget von 178 Mio. Euro zur Verfügung. Wie das Geld auf die einzelnen Schulen verteilt wird, muss noch geregelt werden. Ziel in der Beratung mit dem Denkmalamt, soll die Übertragung der bereits beschiedenen Gelder ins Jahr 2018 sein. Er bittet die Fraktionen, diese Punkte in der beantragten Besprechungspause mit zu erörtern.

Die Sitzung wird um 21.14 Uhr für eine kurze Beratungszeit in den Fraktionen ausgesetzt.

Herr Bürgermeister Schmidt setzt um 21.27 Uhr die Sitzung wieder ein.

Herr Bürgermeister Schmidt informiert noch, dass bis zum heutigen Tag 37 Petitionsunterschriften der Eltern für den Standort Zentralschule im Rathaus eingegangen sind.

Stadtrat Puggel stellt in Namen der Fraktion der SPD den Antrag zur Geschäftsordnung, dass der Beschluss zur SR-BV-Nr.08.2/2017 heute ausgesetzt wird. Er begründet dies mit der überaus wichtigen Entscheidung durch die Stadträte. Da nun auch zeitlich kein Druck bestünde, sollte sich der Stadtrat die Zeit nehmen und die einzelnen Kriterien weiter abwägen.

Nachdem es keine Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag gibt, lässt Herr Bürgermeister Schmidt über den Antrag abstimmen.

Für den Antrag stimmen 10 Stadträte mit Ja und 6 Stadträte mit Nein, bei einer Enthaltung.

Somit ist der Antrag angenommen und es wird in der heutigen Sitzung kein Beschluss zum Musikschulstandort gefasst.

Sobald es in irgendeiner Form neue Erkenntnisse zu dieser Thematik gibt, werden diese unverzüglich an die Stadträte weitergegeben. Es wurde sich geeinigt, erst nach der Veröffentlichung der Förderbedingungen für den Schulhausbau mit einem Planungsbüro Verbindung aufzunehmen, um einen möglichen Dachgeschossausbau anzuplanen.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

TOP 7.) Informationen / Sonstiges

Herr Bürgermeister Schmidt erläutert kurz zu verschiedenen Themen:

Internet

- zuständige Vertreter der Telekom waren vor Ort
- diese haben vorgetragen, dass der Ausbau des schnellen Internets in Adorf und den Ortsteilen in diesem Jahr beginnen soll
- eine Grobstudie zeigt notwendige und umfangreiche Baumaßnahmen, ein genauer Plan der beabsichtigten Aufgrabungen wird bis Ende März vorliegen
 - diese Aufgrabungen werden mit den geplanten und bereits durchgeführten Maßnahmen abgestimmt
- es wird so sein, dass von den Verzweigerkästen Kupferkabel an die einzelnen Häuser gelegt werden müssen, falls nicht schon vorhanden
- es sollen danach bis zu 100 Mbit im Downloadbereich anliegen, doch für weiter entfernte Anschlüsse immer noch mindestens 50 Mbit
- weitere Informationen wird es in den nächsten Sitzungen geben

Änderung der StVO

- eine Neuregelung der StVO ermöglicht das vereinfachte Aufstellen von Tempo 30 vor Schulen und Kindereinrichtungen
- der Antrag zum Anbringen entsprechender Verkehrszeichen am Remtengrüner Weg, im Bereich der Zufahrt zur Zwergenvilla, ist mittlerweile positiv beschieden worden, sodass die Tempo 30-Schilder demnächst gestellt werden

Bürgerbus

- der Bürgerbus startet am 07.03.2017 mit den ersten Fahrten

- in der ersten Woche sind die Fahrten kostenlos
- Herr Bürgermeister Schmidt bittet um Rückmeldung, ob in allen Ortsteilen die Flyer zugestellt wurden

Baumfällmaßnahmen

- diese sind in nächster Zeit in mehreren Bereichen zwischen Landhaus - Arnsgrün und Arnsgrün - Gettengrün geplant
- hier kann es kurzzeitig zu Vollsperrungen kommen

Stadtratssitzung am 27.03.2017

- Themen werden u.a. sein:
 - Vergabe Bauleistung Kirchplatz
 - Vergabe Rückbau Hintergebäude Goesmannstraße (für geplanten Park)

Demografie Gipfel

- dieser wird am 16.03.2017 in Berlin stattfinden, u.a. mit Thomas de Maizière und Angela Merkel
- Herr Bürgermeister Schmidt wird dort in einer Anschlussveranstaltung der beteiligten Kommunen einen Vortrag über die Demografiewerkstatt Adorf halten

Stadträtin Walda fragt bezüglich des Frühjahrsputzes an.
 Herr Bürgermeister Schmidt teilt mit, dass die Verwaltung dafür wieder Terminvorschläge unterbreitet.

Es gibt keine weiteren Informationen und Anfragen.

Die öffentliche Sondersitzung des Stadtrates endet um 21.43 Uhr

Bürgermeister Rico Schmidt SRin Toni Walda

Protokollant Eric Schreiner SR Kay Burmeister